

Mindestlohn-Debatte: CDU warnt vor Jobverlusten durch politische Eingriffe!

CDU/CSU kritisieren politischen Mindestlohn in Berlin: Stracke und Klöckner warnen vor Jobverlusten und fordern Tarifautonomie.

Berlin, Deutschland - Berlin – Die Debatte um den Mindestlohn erhitzt die Gemüter! Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion warnt eindringlich vor den negativen Folgen eines politischen Mindestlohns. Der arbeitsmarktpolitische Sprecher Stephan Stracke und die wirtschaftspolitische Sprecherin Julia Klöckner beziehen klar Stellung: Eine Erhöhung des Mindestlohns auf politisches Geheiß könnte fatale Auswirkungen auf Arbeitsplätze und das gesamte Lohngefüge haben!

Die aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigt, dass höhere Löhne vor allem im Niedriglohnbereich Arbeitsplätze gefährden könnten. Gerade in der aktuellen wirtschaftlichen Unsicherheit kann Deutschland sich eine Politisierung der Lohnfindung nicht leisten, warnt Klöckner. Sie kritisieren die SPD scharf, die mit populistischen Forderungen, wie einem Mindestlohn von 15 Euro, einen gefährlichen Trend in Gang setzen könnte. Laut Stracke sollten Tarifpartner entscheiden und nicht die Politik, um die Stabilität unserer Arbeitswelt zu sichern – ein Appell, den die Union ernst nimmt! Für mehr Infos zu den Hintergründen, **siehe www.presseportal.de**.

Ort	Berlin, Deutschland
------------	---------------------

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de